Blaise Gadanecz

*+41 61 280 8417*
*blaise.gadanecz@bis.org*

# Die jüngsten Initiativen der in Basel beheimateten Ausschüsse und des Forums für Finanzstabilität

Die verschiedenen in Basel ansässigen Ausschüsse und das Forum für Finanzstabilität (FSF) unternahmen im vierten Quartal 2005 eine Reihe von Vorstössen. Das FSF hielt sein viertes Treffen in Lateinamerika ab; ausserdem fand ein Workshop mit Vertretern der Hedge-Fonds-Branche und ihrer Gegenparteien statt. Auf Ersuchen des FSF hin veröffentlichte das Gemeinsame Forum ein Konsultationspapier über allgemeine Notfallplanungsgrundsätze. Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) gab zwei Konsultationspapiere heraus, der Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (CGFS) veröffentlichte einen Bericht über die Finanzierung von Wohneigentum, und der Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (CPSS) legte drei neue Papiere vor. Tabelle 1 enthält eine Auswahl dieser und anderer kürzlich unternommener Initiativen.

## Forum für Finanzstabilität

Im November 2005 hielt das FSF in Mexiko-Stadt sein viertes regionales Treffen in Lateinamerika ab. Es traf sich ausserdem in London und New York mit Vertretern der Hedge-Fonds-Branche und ihrer Gegenparteien.

Am vierten regionalen Treffen in Lateinamerika ...

Am *vierten regionalen Treffen in Lateinamerika* fand ein Meinungsaustausch über Stärken und Schwächen der internationalen und regionalen Finanzsysteme und über die jüngsten Fortschritte beim Aufbau inländischer Wertpapiermärkte statt. Die Teilnehmer tauschten auch Erfahrungen bei ihren Bemühungen um eine Stärkung der Finanzsysteme aus und beurteilten die Verfassung des Bankensektors.

An diesem Treffen wurde festgehalten, dass das globale und regionale Wirtschaftswachstum in den vergangenen Jahren robust gewesen und eine weitere Expansion zu erwarten sei. Lateinamerika habe von Verbesserungen der Terms of Trade, aber auch von niedrigeren Finanzierungskosten und hohen Kapitalzuflüssen im Zuge des äusserst akkommodierenden weltweiten Finanzumfelds profitiert. Der Geld- und Wirtschaftspolitik sei es im Allgemeinen gelungen, die hohen Inflationsraten der Vergangenheit einzudämmen, während flexible Wechselkurse zur Verringerung von Schwachstellen beigetragen hätten. Die Teilnehmer wiesen darauf hin, dass sich die Volkswirtschaften der Region die Folgen dieser gegenwärtig günstigen Bedingungen gezielt zunutze

machen und ihr Wirtschafts- und Finanzsystem mit Blick auf potenziell schwierigere Zeiten in der Zukunft stärken müssten. In diesem Zusammenhang wurde die Notwendigkeit anhaltender Strukturreformen und Haushaltsdisziplin unterstrichen. Wichtig seien auch eine weitere Schuldenkonsolidierung und Verbesserungen beim Schuldenmanagement. Es herrschte Einigkeit über die Bedeutung klar kommunizierter Prioritäten, einschliesslich der Verpflichtung auf Preisstabilität als übergeordnetes geldpolitisches Ziel.

... weist FSF auf Notwendigkeit anhaltender Strukturreformen und Haushaltsdisziplin hin

Die Fortschritte bei der Unterstützung der Expansion der inländischen Wertpapiermärkte in Lateinamerika wurden analysiert. Die jüngsten Entwicklungen waren offenbar sowohl für staatliche als auch für private Emittenten nutzbringend; sie haben u.a. das Währungsrisiko vermindert und zu einer stärker diversifizierten Anlegerbasis geführt. Die Nachfrage nach inländischen Wertpapieren ist rasch gestiegen, und zwar sowohl bei den institutionellen Anlegern (vor allem Pensionsfonds) im Inland, die immer wichtiger werden, als auch bei den ausländischen Investoren. Es wurde über die geeignete zeitliche Abfolge der Massnahmen in diesem Bereich diskutiert; zu diesen Massnahmen zählen die Entwicklung der Marktinfrastruktur, die Förderung einer vielfältigen Gruppe von inländischen Anlegern mit angemessenem Risikomanagement und der Aufbau der Derivativmärkte. Eine Herausforderung bleiben die Bemühungen um eine vermehrte Emissionstätigkeit des privaten Sektors. Dazu gehören auch Massnahmen, die die Verdrängung privater Emissionen durch staatliche Schuldtitel eindämmen sollen.

Aufbau inländischer Wertpapiermärkte und entsprechende staatliche Massnahmen

Die Teilnehmer tauschten Erfahrungen im Zusammenhang mit der Stärkung der Finanzsysteme aus. Im Zentrum standen das Prioritätensetzen bei den Reformen (das angesichts der vielfältigen Reformziele und der begrenzt zur Verfügung stehenden Ressourcen eine besondere Herausforderung für die Länder darstelle), die Selbsteinschätzung anhand internationaler Standards und die Notwendigkeit klarerer Prioritäten seitens der Normierungs- und Prüfungsgremien von Standards.

Prioritätensetzen bei Reformen notwendig

In einem Umfeld immer stabilerer Volkswirtschaften und gestärkter Aufsichtssysteme haben sich nach Ansicht der Teilnehmer die Rentabilität und die Kapitalisierung des Bankensektors überall in Lateinamerika verbessert. Banken in ausländischem Eigentum spielten eine wichtige Rolle, indem sie Kapital und Fachwissen, z.B. beim Risikomanagement, mitbrächten. Dennoch stellten sie die Geld- und Wirtschaftspolitik sowie die Aufsicht auch vor Herausforderungen, vor allem bei der Koordinierung der Aufsicht im Herkunfts- und im Aufnahmeland.

Beurteilung der Verfassung des Bankensektors

Das FSF hielt in London und New York zwei *informelle Workshops mit Vertretern der Hedge-Fonds-Branche und ihrer Gegenparteien* ab. Diskutiert wurden die aktuellen Entwicklungen in der Hedge-Fonds-Branche, die Risiken des gegenwärtigen Marktumfelds, die Herausforderungen für Hedge-Fonds und deren Gegenparteien in Bezug auf das Risikomanagement sowie eine Reihe technischer Fragen. Die Teilnehmer stellten ein wachsendes Interesse der institutionellen Anleger an der Hedge-Fonds-Branche fest. Dies habe zu vermehrter Aufmerksamkeit der Anleger gegenüber der Branche geführt und Erwartungen in Bezug auf grössere Professionalität und strengere Geschäfts-

Informelle Workshops mit Hedge-Fonds und ihren Gegenparteien

führungspraxis geweckt. Da die derzeit akkommodierenden Marktbedingungen (einschl. der vorteilhaften Kreditkonditionen und reichlich vorhandenen Finanzmarktliquidität) vielleicht nicht anhalten, war man sich einig über die entscheidende Bedeutung einer angemessenen Handhabung des Gegenparteirisikos, u.a. mittels geeigneter Haircuts und anderer Techniken zur Verwaltung der Sicherheiten. Die Teilnehmer diskutierten ausserdem technische Fragen im Zusammenhang mit dem Markt für Kreditderivate. Sie anerkannten zwar die jüngsten Fortschritte der Branche bei der Dokumentation – mit entsprechender Verringerung der Rückstände bei den Auftragsbestätigungen –, bei der Verbesserung der Abtretungsverfahren und bei der Vereinfachung der Abwicklung, doch sie erachteten weitere Fortschritte als unabdingbar für eine grössere Marktstabilität.

## Gemeinsames Forum

Auf Ersuchen des FSF hin veröffentlichte das Gemeinsame Forum im Dezember ein Konsultationspapier über *allgemeine Notfallplanungsgrundsätze,* um die Behörden bei den Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung des Betriebs zu unterstützen; diese Vorkehrungen sollen entsprechend dem jeweiligen Sektor und den örtlichen Gegebenheiten massgeschneidert sein. Abgabetermin für Stellungnahmen ist der 10. März 2006. Das Papier sieht sieben Grundsätze vor:

Gemeinsames Forum listet allgemeine Notfallplanungsgrundsätze auf

i) Definition von Zuständigkeiten
ii) Bedeutung einer aktiven Notfallplanung
iii) Notwendigkeit massgeschneiderter Verfahren für die Wiederaufnahme des Betriebs entsprechend den Risiken für das Finanzsystem
iv) Bedeutung interner und externer Kommunikation
v) besondere Vorkehrungen für grenzüberschreitende Kommunikation
vi) regelmässige Tests
vii) Umsetzung und Überprüfung

## Basler Ausschuss für Bankenaufsicht

Im November 2005 gab der BCBS zwei Konsultationspapiere heraus: eines zur sachgerechten Beurteilung des Kreditrisikos und soliden Kreditbewertung und eines über den Informationsaustausch zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland mit Blick auf eine wirksame Umsetzung von Basel II. Abgabetermin für Stellungnahmen war jeweils der 28. Februar 2006. Darüber hinaus gab der BCBS Erklärungen ab, wie die erwarteten Verluste aus operationellen Risiken unter den fortgeschrittenen Messansätzen zu behandeln sind.

BCBS veröffentlicht Konsultationspapiere zur sachgerechten Beurteilung des Kreditrisikos und soliden Kreditbewertung ...

Ungeeignete Methoden und Verfahren zur Beurteilung des Kreditrisikos, die möglicherweise bewirken, dass Kreditverluste nicht rechtzeitig erkannt oder falsch eingeschätzt werden, untergraben den Nutzen der Eigenkapitalanforderungen und behindern eine angemessene Einschätzung und Begrenzung der Kreditrisiken einer Bank. Angesichts der Bedeutung dieser Frage hat der BCBS ein Konsultationspapier zur *sachgerechten Beurteilung des Kreditrisikos und soliden Kreditbewertung* herausgegeben, das entsprechende

Leitlinien für Banken und Aufsichtsinstanzen enthält, ungeachtet der jeweils anwendbaren Rechnungslegungsvorschriften. In diesem Papier wird auch der Einsatz derselben Daten und Verfahren für die Beurteilung des Kreditrisikos, für die Rechnungslegung und für die angemessene Eigenkapitalausstattung erörtert; ausserdem werden Konzepte für die Bildung von Wertberichtigungen beschrieben, die sowohl mit den Aufsichts- als auch mit den Rechnungslegungsvorschriften vereinbar sind. Ein weiterer Schwerpunkt sind die Grundsätze und Methoden, die zur sachgerechten Beurteilung und Begrenzung des Kreditrisikos beitragen dürften, u.a. die Verantwortlichkeiten des obersten Verwaltungsorgans und der Geschäftsleitung beim Festlegen der generellen Risikovorsorge für Kreditausfälle.[1]

Das Konsultationspapier enthält schliesslich allgemeine Empfehlungen für Aufsichtsinstanzen, wie sie die Wirksamkeit der Kreditrisikostrategie einer Bank beurteilen sollen.

... und über den Informationsaustausch zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland mit Blick auf eine wirksame Umsetzung von Basel II

Ebenfalls im November gab der BCBS zusammen mit der Core Principles Liaison Group ein Konsultationspapier über *den Informationsaustausch zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland mit Blick auf eine wirksame Umsetzung von Basel II* heraus. Darin werden einige allgemeine Grundsätze für die grenzüberschreitende Umsetzung der neuen Rahmenvereinbarung dargelegt, namentlich Grundsätze für den Informationsaustausch. Dazu gehören die klare Kommunikation der jeweiligen aufsichtsrechtlichen Verantwortlichkeiten gegenüber Bankkonzernen mit erheblichem internationalem Geschäft sowie der zeitnahe Informationsaustausch zwischen der Aufsicht des Herkunfts- und der Aufsicht des Aufnahmelandes – immer im Bewusstsein, dass für diese Instanzen bestimmte Informationen unterschiedlich relevant sind. Weitere Themen sind die Art, die Häufigkeit und die Vertraulichkeit des Informationsaustausches. Die allgemeinen Grundsätze werden durch praktische Beispiele darüber ergänzt, welche Informationen die Aufsicht des Aufnahmelandes für eine wirksame Umsetzung von Basel II und ihre diesbezüglichen Aufgaben benötigen könnte.

Vier Grundprinzipien für die grenzüberschreitende Koordinierung der Umsetzung der fortgeschrittenen Messansätze

In einem auf Anfrage der Banken hin verfassten Newsletter gab der BCBS schliesslich Erklärungen zur *Behandlung der erwarteten Verluste aus operationellen Risiken unter den fortgeschrittenen Messansätzen der neuen Rahmenvereinbarung Basel II* ab. Der Newsletter bietet vier Grundprinzipien für eine einheitliche Umsetzung der fortgeschrittenen Messansätze, lässt aber einen genügend grossen Ermessensspielraum für die nationalen Aufsichtsinstanzen.

[1] Die Leitlinien beziehen sich weitgehend auf den fortgeschrittenen IRB-Ansatz gemäss Basel II, wobei einiges auch unabhängig vom gewählten Ansatz auf alle Banken anwendbar ist. Im Mittelpunkt des Konsultationspapiers stehen Kredite, die zum fortgeführten Einstandswert bewertet werden; teilweise dürfte das Papier auch in Bezug auf andere Vermögenswerte und Kreditengagements für die Beurteilung des Kreditrisikos und die Bewertung relevant sein.

## Wichtigste Initiativen der in Basel beheimateten Ausschüsse und anderer Gremien

Pressemitteilungen und Veröffentlichungen im Berichtszeitraum

| Gremium | Initiative | Thema | Veröffent-licht |
|---|---|---|---|
| FSF | *Treffen von FSF, Hedge-Fonds-Branche und Gegenparteien* | • Trends in der Hedge-Fonds-Branche, Risiken des gegenwärtigen Marktumfelds, Herausforderungen für Hedge-Fonds und deren Gegenparteien bezüglich Risikomanagement, technische Fragen. | Nov. 2005 |
| | *Viertes regionales Treffen in Lateinamerika* | • Stärken und Schwächen der internationalen und regionalen Finanzsysteme und ihre Konsequenzen für die aufstrebenden Volkswirtschaften, Tragbarkeit der öffentlichen Verschuldung. Jüngste Massnahmen zum Aufbau von inländischen Wertpapiermärkten, Erfahrungen der einzelnen Länder bei der Stärkung der Finanzsysteme. | |
| Gemein-sames Forum | Konsultationspapier über *allgemeine Notfallplanungsgrundsätze* | • Einheitlicher Rahmen für Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung des Betriebs; Zielpublikum: Vertreter der Finanzbranche und der Finanzbehörden weltweit. Breit gefächertes Rahmenkonzept. | Dez. 2005 |
| BCBS | Konsultationspapier zur *sachgerechten Beurteilung des Kreditrisikos und soliden Kreditbewertung* | • Grundsätze und Methoden, um eine sachgerechte Beurteilung des Kreditrisikos und solide Bewertungs- und Kontrollverfahren zu fördern und die Verantwortlichkeiten des obersten Verwaltungsorgans und der Geschäftsleitung klarzustellen. Beurteilungsempfehlungen für Aufsichtsinstanzen. | Nov. 2005 |
| | Konsultationspapier über den *Informationsaustausch zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland mit Blick auf eine wirksame Umsetzung von Basel II* | • Allgemeine Grundsätze für den Informationsaustausch zwischen den Aufsichtsinstanzen des Herkunfts- und des Aufnahmelandes bei der Umsetzung der Neuregelung der angemessenen Kapitalausstattung Basel II. | |
| | Newsletter zur *Behandlung der erwarteten Verluste aus operationellen Risiken unter den fortgeschrittenen Messansätzen der neuen Rahmenvereinbarung Basel II* | • Erklärungen zur angemessenen Behandlung der erwarteten Verluste aus operationellen Risiken bei der Berechnung der Kapitalanforderungen für das operationelle Risiko. | |
| CGFS | *Finanzierung von Wohneigentum am globalen Finanzmarkt* | • Bedeutung der Entwicklungen, die Angebot und Nachfrage in Bezug auf die Finanzierung von Wohneigentum beeinflussen.<br>• Vergleich verschiedener nationaler Finanzierungssysteme für Wohneigentum. | Jan. 2006 |
| CPSS | *Grenzüberschreitende Besicherungsvereinbarungen* | • Bestehende institutionelle Rahmenbedingungen, alternative Modelle für die Akzeptanz ausländischer Sicherheiten und mögliche Folgen für Finanzstabilität, Wettbewerb und die Sicherheit und Effizienz von Zahlungsverkehrssystemen. | Jan. 2006 |
| | *Allgemeine Empfehlungen für die Weiterentwicklung von Zahlungsverkehrssystemen* | • Enthält 14 Empfehlungen auf der Basis des Konsultationspapiers vom Mai 2005. | |
| | *Statistiken zu Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssystemen in ausgewählten Ländern* | • Vorläufige Statistiken 2004. | |

Quellen: www.bis.org und www.fsforum.org. Tabelle 1

## Ausschuss für das weltweite Finanzsystem

CGFS– Bericht über die Finanzierung von Wohneigentum zeigt angebots- und nachfrageseitige Faktoren ...

Der CGFS setzte im November 2004 eine Arbeitsgruppe ein, die den Auftrag erhielt, im Rahmen der kontinuierlichen Bemühungen des Ausschusses um eine Begrenzung der Risiken für die Finanzstabilität die jüngsten Veränderungen bei der Finanzierung von Wohneigentum weltweit zu analysieren. Der Bericht der Arbeitsgruppe mit dem Titel *Housing finance in the global financial market* wurde im Januar 2006 veröffentlicht und analysiert die Bedeutung der länderübergreifenden Entwicklungen, die Angebot und Nachfrage in Bezug auf die Finanzierung von Wohneigentum beeinflussen. Dazu gehören die höheren Beleihungsquoten, die grössere Vielfalt und Komplexität der Hypothekenprodukte, die zunehmende Bedeutung der Kapitalmärkte bei der Refinanzierung von Hypotheken und die gestiegene Bereitschaft der privaten Haushalte, Zins- und andere Risiken zu tragen. Wichtige Konsequenzen sind gemäss dem Bericht, dass sich die privaten Haushalte übermässig verschulden könnten, dass sich die Finanzinstitute für die Hypothekenrefinanzierung vermehrt auf den Kapitalmarkt stützen und dadurch der Finanzmarktvolatilität ausgesetzt sind und dass Kredit-, Reputations- und operationelle Risiken sorgfältig gehandhabt werden müssen. Den Anlegern bieten sich durch mit Hypotheken besicherte Finanzprodukte Diversifikationsmöglichkeiten, doch sie sind eine weitere Quelle von Marktvolatilität. Die politischen Entscheidungsträger müssen sicherstellen, dass sie über vielfältige und qualitativ hochstehende Daten verfügen, um eventuelle Schwachstellen beobachten zu können, und sie sollten Stresstests und einen Informationsaustausch auf internationaler Ebene fördern. Gleichzeitig müssen sie darauf achten, wie Änderungen der verschiedenen nationalen Aufsichts- und anderer Regelungen die Finanzierung von Wohneigentum und die Volkswirtschaft im jeweiligen Land, aber auch die globalen Finanzmärkte beeinflussen könnten.

... und beleuchtet für die politischen Entscheidungsträger relevante Fragen

## Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme

Im Januar 2006 veröffentlichte der CPSS drei Papiere: einen Bericht über grenzüberschreitende Besicherungsvereinbarungen, allgemeine Empfehlungen für die Weiterentwicklung von nationalen Zahlungsverkehrssystemen und Statistiken zu Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssystemen in ausgewählten Ländern.

Bei grenzüberschreitenden Besicherungsvereinbarungen ...

Der Bericht über *grenzüberschreitende Besicherungsvereinbarungen* beschreibt die bestehenden institutionellen Rahmenbedingungen, gemäss denen Zentralbanken – entweder routinemässig oder in einer Ausnahmesituation – Sicherheiten in einer Fremdwährung oder in ausländischer Verwahrung für Innertages- oder Übernachtkredite akzeptieren. Er erläutert auch alternative Modelle für die Akzeptanz ausländischer Sicherheiten. Zudem legt der Bericht mögliche Folgen der Besicherungspolitik einer Zentralbank für die Finanzstabilität, den Wettbewerb und die Sicherheit und Effizienz von Zahlungsverkehrssystemen dar. Die Vielfalt der Besicherungsstrategien und -praktiken unter den Zentralbanken, die unterschiedlichen Bedürfnisse der Systemteilnehmer, die jeweiligen Verfahren und die Unterschiede der gesetz-

lichen Regelungen in den einzelnen Ländern lassen auf eine breite Palette an Ansätzen für die Akzeptanz der ausländischen Sicherheiten schliessen. So einigten sich die G10-Zentralbanken darauf, nach individuellen Ansätzen vorzugehen, wobei jede Zentralbank autonom entscheidet, ob und, falls ja, zu welchen Bedingungen sie ausländische Sicherheiten akzeptiert. Dennoch sind eine engere Zusammenarbeit und Koordinierung unter den Zentralbanken wohl wünschenswert, wenn dadurch die Strategien und Massnahmen einer einzelnen Zentralbank effizienter sind oder wenn dies dem privaten Sektor hilft, bessere Instrumente für die Steuerung von Sicherheiten und Liquidität zu entwickeln.

... einigen sich die G10-Zentralbanken über einen individuellen Ansatz

Veröffentlichung von allgemeinen Empfehlungen für die Weiterentwicklung von Zahlungsverkehrssystemen

Die *allgemeinen Empfehlungen für die Weiterentwicklung von Zahlungsverkehrssystemen* basieren auf einem im Mai 2005 veröffentlichten Konsultationspapier.[2] Sie stützen sich auf Beiträge einer Arbeitsgruppe, die sich aus einem breiten Spektrum von Zentralbankexperten aus Industrie- und Entwicklungsländern rund um den Globus zusammensetzt. Veröffentlicht wurden 14 Empfehlungen mit dazugehörigen Erläuterungen für die Weiterentwicklung von Zahlungsverkehrssystemen. Ausserdem wird anhand von praktischen Beispielen, besonderen Fragen und möglichen Ansätzen die Umsetzung beschrieben.

Die *Statistiken zu Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssystemen* sind Teil eines jährlich veröffentlichten Papiers mit Daten über den Zahlungsverkehr und entsprechende Systeme in den Mitgliedsländern des CPSS. Diese zuletzt veröffentlichten Daten enthalten die Daten einzelner Länder und grenzüberschreitende Vergleiche für 2004 und frühere Jahre.[3]

---

[2] S. *BIZ-Quartalsbericht* vom September 2005.

[3] Einige Daten für 2004 sind vorläufig oder fehlen, weshalb der CPSS plant, im März 2006 eine aktualisierte Fassung herauszugeben.